

Hilferuf der Holocaust-Opfer

Von Matthias Arning

Es ist ein letzter Versuch. Mehr als sechszehn Jahrzehnte nach dem Ende des Krieges. Zu einer Zeit, in der Überlebende des Holocaust wie der nationalsozialistischen Konzentrationslager alt und oft gebrechlich sind und zumal in ost- und mitteleuropäischen Ländern nicht selten in Armut leben.

Lothar Evers hebt das am Donnerstag im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau auch hervor: Es ist ein letzter Versuch. Im Namen der Lagergemeinschaft Auschwitz hat Evers, ein erfahrener Streiter für die Sache der Überlebenden, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) gebeten, die hiesige Pflegeversicherung für vergessene Opfer zu öffnen. Schließlich bleibe „die Sicherung eines menschenwürdigen Lebensabends der Überlebenden des Nazi-Terrors dauernde Verpflichtung aller Deutschen und ihrer Regierung“, schreibt Evers in einem der FR vorliegenden Brief an die Behörde des SPD-Politikers.

Die Idee, Leistungen aus der Pflegeversicherung den Opfern zugänglich zu machen, gehe auf frühere Überlegungen israelischer Opfervertreter zurück. In seinem Schreiben bedauert Evers, dass entsprechende Vorstöße bislang im

Finanzministerium keine Resonanz gefunden hätten. Inzwischen dulde die Lage der Opfer aber keinen weiteren Aufschub mehr. Die Lebenssituation vieler Überlebender sei „von Armut, Hilflosigkeit und Resignation gekennzeichnet“. Im Auftrag der im hessischen Münzenberg ansässigen Lagergemeinschaft Auschwitz nehme er den 27. Januar zum Anlass, um für ihre Belange zu werben, so Evers. Der 27. Januar ist in Deutschland seit 1995 der Holocaust-Gedenktag, der allerdings wenig beachtet wird.

Zahlungen aus der deutschen Pflegeversicherung könnten sich Evers zufolge an den Richtlinien orientieren, die man für die Entschädigungszahlungen an ehemalige NS-Zwangsarbeiter gefunden hatte. Die inzwischen abgeschlossenen Überweisungen aus einer nach zähen Verhandlungen entstandenen Bundesstiftung, die der bundesrepublikanische Staat und Teile der deutschen Wirtschaft mit jeweils 2,5 Milliarden Euro ausgestattet hatten, richteten sich nach der Haftzeit in einem Konzentrationslager und den dortigen Haftbedingungen. Die Schaffung der Zwangsarbeiter-Stiftung hatte die damals rot-grüne Bundesregierung als Schlussakt der Entschädigungspolitik verstanden.

FR v. 25.01.08